

7. September 2020 – Medienmitteilung

## **Nein zur Begrenzungsinitiative: Universitätsspitäler warnen vor Schwächung des Gesundheitswesens**

**Die universitäre Medizin basiert auf den drei Elementen Patientenversorgung, Forschung und Lehre. Um in diesen drei Bereichen Leistungen von bester Qualität zu erhalten und Innovationen zu ermöglichen ist der Einsatz von motivierten und hoch qualifizierten Menschen elementar. Die Begrenzungsinitiative gefährdet grundlegende Rahmenbedingungen für den Erfolg von Bildung, Forschung und Innovation in der Schweiz. unimedsuisse empfiehlt deshalb im Interesse eines starken Schweizer Gesundheitssektors die Ablehnung der Begrenzungsinitiative.**

### **Gefährdung des öffentlichen Versorgungs- und Bildungsauftrags durch fehlendes Personal**

Schon heute ist der öffentliche Versorgungsauftrag im Gesundheitswesen immer wieder durch Personalengpässe gefährdet. Dies betrifft besonders die universitäre Medizin. Diese charakterisiert sich durch ihre umfassenden und innovativen Versorgungsleistungen und eine international renommierte Forschung. Neue Behandlungsansätze gelangen so schnell ans Patientenbett. Im Rahmen ihrer umfassenden Lehrtätigkeit bilden die Universitätsspitäler und medizinische Fakultäten ausserdem den ärztlichen Nachwuchs für das gesamte Gesundheitswesen aus. Da die Schweiz klein ist, kann die universitäre Medizin ihre Aufgaben für das Versorgungssystem nur dann erfüllen, wenn ein aktiver internationaler Austausch von Personal und Wissen besteht. Durch die Begrenzungsinitiative wird dies in Frage gestellt und damit auch die qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung der Schweiz gefährdet.

### **Mobile Arbeitskräfte im Gesundheitswesen**

Die Universitätsspitäler sind auf die Personenfreizügigkeit angewiesen. Trotz grossen Anstrengungen, innerhalb der Schweiz mehr ärztliches Personal, Pflegefachkräfte und andere therapeutische Berufsleute auszubilden, sind sie auf ausländische Fachkräfte angewiesen. Dies gilt auch für die Spezialistinnen und Spezialisten in der klinischen Forschung und der Grundlagenforschung. Die Fachpersonen in all diesen Bereichen sind international sehr mobil. In den grenznahen universitären Einrichtungen leisten ausserdem Grenzgängerinnen und Grenzgänger einen unverzichtbaren Beitrag an die Leistungsfähigkeit der Betriebe.

### **Internationale Forschung für die Schweiz wichtig**

Die Coronakrise zeigt eindrücklich, dass die Wissenschaft mit ihren Erkenntnissen die Basis für neue Behandlungsansätze und Präventionslösungen liefert. Doch die Wissenschaft ist ein Gemeinschaftswerk: Dank dem internationalen Austausch in Forschung und Lehre können Konzepte und Resultate laufend überprüft und verbessert werden.

### **Bilaterale Vereinbarungen beibehalten: Die Personenfreizügigkeit und die europäischen Forschungsrahmenprogramme**

Der Verband Universitäre Medizin Schweiz erachtet die Fortführung der bilateralen Verträge mit Europa als zentralen Eckpfeiler: Die Personenfreizügigkeit ist wichtig, damit die Schweiz für ausländische Spezialistinnen und Spezialisten und Grundlagenforschende attraktiv bleibt und damit gleichzeitig Schweizer Spitzenkräfte sich im Ausland Wissen und Erfahrung aneignen können. Nur eine beidseitige Mobilität macht die Medizin der Schweiz langfristig innovationsfähig. Die Beibehaltung der Personenfreizügigkeit ist auch deshalb wichtig, weil sie Voraussetzung dafür ist, dass Schweizer Forschungsprojekte gleichberechtigt an internationalen Forschungsprogrammen und -kooperationen wie Horizon 2020

und am künftigen Horizon Europe teilnehmen können. Die nationalen und die europäischen Fördersysteme ergänzen sich wechselwirkend. Bei einem Ausschluss würden Forschungsprojekte in der Schweiz stark behindert.

### **Stabile Beziehungen erhalten im Interesse der Zukunft der Schweiz**

Offenheit, stabile Beziehungen und Rechtssicherheit sind zentrale Voraussetzungen für den Wohlstand der Schweiz. Die Bevölkerung profitiert von gesellschaftlich und wirtschaftlich ausgezeichneten Bedingungen und einem guten Gesundheitssystem. Die internationalen Beziehungen der Schweiz leisten einen wesentlichen Beitrag zu diesem Wohlstand. Eine international konkurrenzfähige Forschung und Bildung sind ihrerseits ein zentraler Faktor für Innovation im Dienst der Gesellschaft. Mit einer Annahme der Initiative würden die langjährigen erfolgreichen Beziehungen der Hochschulen aufgehoben. Die Schweiz würde ihren Ruf der Verlässlichkeit auf dem internationalen Parkett riskieren. Damit würde sich die wirtschaftliche und soziale Situation in der Schweiz verschlechtern. unimedsuisse lehnt entsprechend die Begrenzungsinitiative entschieden ab und empfiehlt der Schweizer Bevölkerung, am Abstimmungswochenende ein NEIN in die Urne zu legen.

**Zum Verband Universitäre Medizin Schweiz (unimedsuisse) [www.unimedsuisse.ch](http://www.unimedsuisse.ch)**

Der Verband Universitäre Medizin Schweiz (unimedsuisse) vereint die Universitätsspitäler Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich und die fünf Medizinischen Fakultäten der Schweiz. Er dient als Anlaufstelle für Fragen der universitären Medizin auf nationaler Ebene.

### **Auskunftspersonen**

Dr. Werner Kübler, Spitaldirektor des Universitätsspitals Basel USB

Kontakt: +41 (0)61 328 65 02 [medien@usb.ch](mailto:medien@usb.ch)

Prof. Philippe Eckert, Generaldirektor und ärztlicher Direktor Centre hospitalier universitaire vaudois

Kontakt: +41 (0)21 314 10 50 [medias@chuv.ch](mailto:medias@chuv.ch)

### **Geschäftsstelle Universitäre Medizin Schweiz**

Agnes Nienhaus, Geschäftsführerin Universitäre Medizin Schweiz

Kontakt: +41 (0)31 306 93 85 [agnes.nienhaus@unimedsuisse.ch](mailto:agnes.nienhaus@unimedsuisse.ch)

Homepage: [www.unimedsuisse.ch](http://www.unimedsuisse.ch)